

IMMERGRÜN



herausgeber: grüne liste ladenburg e.v. (gll)
kommunalpolitischer verein für die römerstadt ladenburg am neckar

Nr.3, April 1985

Liebe Ladenburger!

Die vor Ihnen liegende Ausgabe von IMMERGRÜN beschäftigt sich mit zwei Themen. Einmal mit der Verkehrsberuhigung in Ladenburg, von der unseres Erachtens mit der öffentlichen Marktplatzgestaltungs-Diskussion nur abgelenkt wird. Zum Anderen mit der

öffentlichen Haushaltsberatung und dem dazugehörigen Presse-Echo. GLL-Stadtrat Martin Schmollinger rückt hier einige "schiefe Bilder" wieder gerade.

Ihre IMMERGRÜN-Redaktion

Verkehrsberuhigung nur Beruhigungsmittel?

Diese - zugegebenermaßen provozierende - Frage stellt man sich nach einiger Zeit, wenn man sich etwas mit der Verkehrssituation in Ladenburg beschäftigt.

So findet man Pläne, von der Planungsgruppe 67 vor Jahren schon erarbeitet, die durchaus sinnvolle Vorschläge enthalten. Wenn man aber fragt, was denn nun realisiert worden ist, kommt nicht viel. Ein paar unbedeutende Details sind Wirklichkeit geworden: Sandsteinguader als Parksperren, die sich langsam vom Provisorium zur Dauerlösung entwickeln - eine Parkscheibenregelung, die niemand kontrolliert und die deshalb entsprechend "ernst" genommen wird - Altstadt-nahe Parkplätze, die meistens leerstehen, während die Hauptstraße vor Blech überquillt usw usw...

Auf diese Weise kann man das eigentliche Problem erst mal wieder vertagen. Es gibt einen Schritt, den man unserer Meinung nach als ersten gehen muß, wenn man es mit der Gestaltung unseres Marktplatzes ernst meint:

DIE AUTOS MÜSSEN WEG!

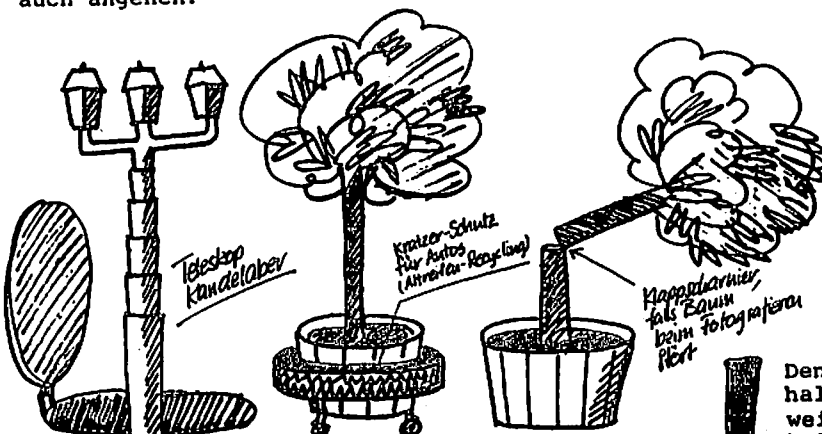
Ein Marktplatz ist nun mal kein Parkplatz - er ist für die Menschen gemacht. Und um diese Tatsache kann man sich auch mit ein paar Alibi-Bäumchen nicht herumdrücken.

Die GLL macht deshalb den Vorschlag:

1. Für ein halbes Jahr zur Probe wird der Marktplatz für Autos gesperrt
2. Beide Einfahrten der Hauptstraße (von Schriesheim und von Ilvesheim) werden für die Durchfahrt verboten!

1. Schritt: die Marktplatzgestaltung

So kann man Verkehrsberuhigung natürlich auch angehen.



Erst mal darüber debattieren ob große oder kleine Bäume schöner sind, ob man Laternen frei hinstellt oder an den Hauswänden befestigt.

Nach dieser Probezeit wissen wir alle mehr. Die Ladenburger könnten feststellen, daß man auch mit dem Kinderwagen durch die Hauptstraße gehen kann, könnten sich an unserem schönen Marktplatz freuen, ohne den Blick über kreuz und quer parkendes Blech heben zu müssen.

Und vor allem: die Ladenburger Einzelhändler könnten feststellen, daß das gesteigerte Einkaufsvergnügen auch gut sein kann für die Umsätze.

! Denn wir sind sicher: für jeden, der nur deshalb nicht mehr in Ladenburg einkaufen will, weil er mit dem Auto direkt vorm Laden halten kann, wird es zwei andere geben, die zu Fuß oder mit dem Rad einkaufen gehen, weil es dann wieder Spaß macht, ungefährlich ist und gesund für Erwachsene und Kinder dazu.

Was nützen eigentlich Bürgerversammlungen?

Bei der letzten Bürgerversammlung zum Thema "Parkplätze an der Wallstadter Straße" wurden Gemeinderat und Verwaltung eindeutig dazu aufgefordert, das Thema Verkehrsberuhigung forciert anzugehen. Ein Punkt wurde besonders angesprochen: die deutliche Ausschilderung der vorhandenen Parkplätze, z.B. Feuerleitergasse und Seilergraben. Was ist geschehen? Nichts! Nach wie vor werden Ortsunkundige durch die Schilder "historische Altstadt" geradezu in die Hauptstraße hineingelotst.

Ist das wirklich so schwer?

Verkehrsberuhigung fängt bei uns selbst an!

Sicher muß "die Stadt" etwas tun, um endlich eine vernünftige Verkehrs-Situation für Ladenburg herzustellen. Aber vieles liegt auch an uns selbst!

Muß es denn wirklich sein, daß so viele von uns nur deshalb mit dem Auto in die Altstadt fahren, weil es halt noch nicht verboten ist? Ist es wirklich notwendig, daß Angestellte des Handels und Gewerbes ihr Auto den ganzen Tag lang mitten in der Altstadt parken? Darf

man den Besuchern der Gaststätten nicht zumuten, ein paar Minuten Fußweg zu absolvieren, bevor sie sich wieder hinters Steuer klemmen?

Wir glauben, es ist schon eine Menge gewonnen, wenn wir Ladenburger, soweit wir nicht im Altstadt kern wohnen, es uns zur Devise machen:



Vielleicht ist das auch ein Beispiel für einige Stadträte, die offensichtlich von alleine nicht auf die Idee kommen, auf ihr Auto im Altstadtbereich zu verzichten.

Aus meiner Sicht

Die öffentliche Haushaltsberatung 1985 im Ladenburger Gemeinderat

Von Stadtrat Martin Schmollinger

1. Quantität und Qualität

"Solide Gemeindefinanzen ohne Neuverschuldung" lautete der Kernsatz in der Haushaltsbegründung des Bürgermeisters.

Im Verwaltungshaushalt sei man kaum flexibel, "Strukturverbesserungen" lassen sich nur langsam und schrittweise erreichen und daher vollziehe man im wesentlichen die Personal- und Sachkostenentwicklung nach. Aber selbst im Vermögenshaushalt gehe es sehr defensiv zu. Man hänge nicht nur von der Einnahmenentwicklung (u.a. vom wirtschaftlichen Erfolg der öffentlichen Unternehmen) ab, sondern wolle ja auch die städtischen Schulden abbauen. Es war naheliegend, auf das "finanzpolitische Wechselbad" hinzuweisen, dem die Gemeinden ausgesetzt sind, um die haushaltsplanerische Leistung der Verwaltung unter erschwerten Bedingungen herauszustellen.

Nun sind aber dies alles nur quantitative Überlegungen. Bedenkt man einmal, daß die Gemeinde heute die Verfügungsgewalt über mehr als zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen haben, so muß man zu dem Schluß kommen, daß gegenwärtig vor allem die qualitativen Wirkungen eines städtischen Vermögenshaushalts zählen. Die große kommunalpolitische Verantwortung liegt also längst nicht mehr nur im "ob" und "wieviel", sondern vor allem im "was" und "wie" der Investitionstätigkeit. Wenn in den zurückliegenden Jahren der ökologische und soziale Problemdruck zugenommen hat, so auch deshalb, weil die Kommunen sich nicht entschließen konnten, wo nötig auch einmal zu "klotzen" statt zu "kleckern". Das gilt auch für den vorgelegten Ladenburger Haushalt 1985, der durchaus auch seine ökologischen Verzerrungen aufweist.

Die GLL sieht sich in der Pflicht, so lange den Zwischenrufer und Meckerer zu spielen, bis die drei Grundaufgaben der Gegenwart - Bewahrung einer lebenswerten Umwelt, menschenfreundliche Stadt- und Verkehrsgestaltung und soziale Sicherheit auch für die Benachteiligten unserer Industriegesellschaft - auf kommunaler Ebene konsequent und zügig angegangen werden.

In diesem Zusammenhang spielt auch der städtische Verwaltungshaushalt eine Rolle. Nicht jede von der Verwaltung erreichte Kosteneinsparung verdient aus grüner Sicht die Bezeichnung "Strukturverbesserung".

Besonders kritisch sieht die GLL die schon seit Jahren erkennbare Tendenz, öffentliche Aufgabenerfüllung zu privatisieren, gerade dann, wenn öffentliche Planstellen zugunsten gewerblicher Unternehmen eingespart werden, deren Mitarbeiter unzureichend entlohnt und / oder mangelhaft sozial abgesichert werden.

2. Die Form der Haushaltsberatung

Vor dem beschriebenen Hintergrund hätte man im Gemeinderat eigentlich eine haushaltsanalytische Grundsatzdebatte führen müssen. Die Verfahrensvorschläge der Verwaltung ließen dies aber nicht zu. Die GLL-Stadträte mußten daher die untereinander zusammenhängenden Kritikpunkte als Einzelanträge zu den verschiedenen Haushaltspositionen einbringen. Nur zu Anfang in der Haushaltsrede konnten grundsätzliche Zusammenhänge angedeutet werden.

Um beispielsweise eine qualitative Kritik städtischer Ausgaben im Vermögenshaushalt vorzubringen,

entschlossen wir uns, geplante Projekte im Haushalt abzulehnen, auch wenn sie bereits vertraglich festgelegt oder vom alten Gemeinderat im Grundsatz gebilligt waren. Dabei war von vornherein klar, daß die Stadt aus ihren diesbezüglichen Verpflichtungen nicht mehr aussteigen konnte.

3. Offene Haushaltskritik - in Ladenburg ungewöhnlich...

Der Bürgermeister hat sich redlich Mühe gegeben, die in der Form von "unannehmbaren" Änderungsanträgen vorgebrachten Anliegen der GLL als naiv oder gar destruktiv erscheinen zu lassen. Überhaupt war - für mich überraschend - die Atmosphäre, in der die GLL-Anträge behandelt wurden, ungewöhnlich gereizt, fast so, als ob Stadträte die Grenzen des guten Geschmacks verletzen würden, wenn sie die Vorarbeit der Verwaltung im Grundsatz kritisieren, statt sie in höchsten Tönen zu loben.

Unter dem Stichwort "Gesamtverantwortung" wurde auf Seiten des Bürgermeisters sogar gelegentlich das Mißverständnis erkennbar, daß ein Stadtrat, der später im Haushaltsvollzug noch mitreden wolle, nicht das moralische Recht habe, den Haushalt als Ganzes abzulehnen.

4. Die Anträge der GLL

Alle Änderungswünsche für den Haushalt lagen dem Rat und der Verwaltung schon seit einigen Tagen schriftlich vor. Ungünstig für die Zuhörer der Sitzung war es, daß die Anträge dann nur noch der Reihe nach aufgerufen und nicht mehr verlesen wurden. Einige Erläuterungen sind daher angebracht. Vorab nur dies: Ein Blick in die Presseberichterstattung zeigt, daß es dem Bürgermeister mit rhetorischem Geschick und mit dem Informationsvorsprung des Verwaltungschefs ein Leichtes war, die Anträge der GLL "schwach aussehen zu lassen". So steht im Sitzungsbericht der Ladenburger Zeitung zu lesen, die meisten Änderungswünsche der GLL seien aus Unkenntnis und Informationsmangel heraus entstanden und hätten daher - nach "Aufklärung" durch den Bürgermeister - der Reihe nach kleinlaut zurückgezogen werden müssen. Ob dieses Presseurteil zutrifft, kann der Leser im Folgenden selbst entscheiden.

4.1. Vergütung ehrenamtlicher Tätigkeit

Uns schien der Ansatz 1985 für diesen Zweck (in einem Nicht-Wahljahr) trotz vergrößerter Sitzzahl der Gemeinderatsausschüsse überhöht. Der Antrag wurde nicht zurückgezogen, sondern mit dem Argument überstimmt, ein eventuell nicht benötigter Rest dieses Haushaltstitels könne ja notfalls zur Deckung anderer Aufwendungen verwendet werden. Genau dies aber hält die GLL nicht für gut.

4.2. Aufklärungspflicht der Stadt in Umweltangelegenheiten

Ein städtischer Ansatz von Mitteln für Veröffentlichungen der Kommune gab uns Anlaß, hierbei auf eine Verwendung zu drängen, die einen entsprechenden ökologischen Nutzen sichert. Der Antrag gliederte sich in mehrere Teile: Aufklärungstexte über Müllwirtschaft, Energiesparmöglichkeiten u.a.m., die nach unserer Vorstellung vom Rat erarbeitet und durch die Verwaltung an alle Haushalte herangetragen werden sollen.

Eingegangen wurde fast nur auf die Forderung nach der "Müllbroschüre". Hier ergriff der Bürgermeister die Gelegenheit, die Antragssteller mit der Behauptung aufzulaufen zu lassen, sie selber hätten - auf schriftlichen SPD-Antrag - an einem Gemeinderatsbeschuß mitgewirkt, nach dem die Müllbroschüre für 1985 bereits beschlossen wurde. Wozu also unser Antrag?

Tatsächlich verhält es sich jedoch so, daß in der konstituierenden Sitzung des neuen Gemeinderates (der ersten also nach den Wahlen) die SPD einen Antrag stellte, den Kreis aufzufordern, ständige Sammelstellen für Problemmüll einzurichten und in diesem Zusammenhang ein entsprechendes Merkblatt herauszugeben.

Der GLL-Antrag aber wollte mehr - nämlich eine Aufklärungsbroschüre der Gemeinde zum ganzen Komplex Müll, vor allem zur Müllvermeidung und zur Trenntmüllsammmlung in den Haushalten. Die GLL-Gemeinderäte sind also schlichtweg "überfahren" worden - sie hatten den genauen Vorgang von der Gemeinderatssitzung am 14.11.84 leider nicht parat.

Der betreffende Teil unseres Antrags wurde daher zurückgenommen. Die anderen Teile behalten wir uns vor, zu gegebener Zeit erneut einzubringen.

4.3. Sozialabbau am Beispiel städtischer Reinigungsaufgaben

Die Stadträte der GLL wollten am Beispiel der Reinigung der Sickingenschule deutlich machen, daß hier tatsächlich zwei städtische Putzfrauenstellen abgebaut wurden. Diese Tatsache einer Rationalisierungsmaßnahme zu Gunsten der Gemeindefinanzen wird auch dadurch nicht aufgehoben, daß die bisherigen Stelleninhaberinnen anderweitig eingesetzt wurden. Schon garnicht konnte uns das Argument überzeugen, daß die gewerbliche Reinigungsfirma, die jetzt für die Sickingenschule zuständig ist, ja auch Arbeitsplätze anbiete. Jderman weiß doch heute, unter welch schlechten Bedingungen - sowohl von der Bezahlung wie auch von der sozialen Absicherung her - die Mitarbeiter solcher Firmen arbeiten müssen.

Der Antrag der GLL wurde nur deshalb zurückgezogen, weil die "Umstrukturierung" im Reinigungswesen - soweit es die Sickingenschule betraf - schon vollzogen war.

4.4. "Grundlagenforschung"

Die Aussprache über die GLL-Forderung, mehrmals jährlich an verschiedenen Stellen (im Gebiet der Emmissionseintragungen ins Erdreich rund um die ortsansässigen chemischen Industriebetriebe) Bodenproben zu entnehmen, und besonders auf Schwermetalle und die in der Abluft unserer chemischen Industrie zu vermutenden chemischen Verbindungen analysieren zu lassen, war mit die größte Enttäuschung. wieder versuchte der Bürgermeister den Eindruck zu erwecken, als seien Messungen dieser Art entweder außerhalb gemeindlicher Zuständigkeit oder gehörten längst schon zur städtischen Routine. Ja, was den nun?

Eine zugegebenermaßen auf Tatsachen beruhende Anekdote des Bürgermeisters sollte belegen, wie mutig und beherzt die Stadt schon früher gewerbliche Umweltsünder verfolgt habe, und wie viel ihr daran gelegen sei, industrielle und landwirtschaftliche Bodenschädigungen zu beseitigen und zu verhindern.

Bezugnehmend auf das Nitratproblem - aber ohne diese Einschränkung deutlich auszusprechen - wurde versichert, daß "alle diese Maßwerte" laufend kontrolliert und beim Landwirtschafts-

amt zu erfragen seien. Die Stadt werde jeden für die Bevölkerung bedrohlichen Bodenmeßwert selbstverständlich zum Anlaß entsprechender warnender Veröffentlichungen nehmen.

Wer sich nur ein wenig in diesen Dingen auskennt, weiß, wie schwammig Begriffe wie "bedrohliche Meßwerte" sind, oder wie abhängig eine brauchbare Umweltbestandsaufnahme von den Entnahmestellen und -intervallen, sowie von der Größe der analytischen Untersuchungspalette ist. Im dichten Nebel des allgemeinen Umweltgeschwafels legen wir Grünen Wert auf die Feststellung, daß es uns darauf ankommt, zu erfahren, wann in den Eintragungszonen der hiesigen Industrieabluft und auf landwirtschaftlichen Nutzflächen genau welche Werte an Schwermetallen, Chlorkohlenwasserstoffen und Nitraten in Ladenburg gemessen wurden. Die Schlüsse daraus, ob von "bedrohlichen Werten" oder von umweltstrafrechtlichen Konsequenzen zu sprechen ist, kann man erst dann ziehen.

Wir werden jedenfalls in Bälde eine entsprechende Anfrage an die Gemeinde richten, deren Ergebnisse dann veröffentlicht werden können. Dann werden wir ja sehen, welche Untersuchungen des Bodens wo, wie oft und mit welchem Ergebnis tatsächlich vorgenommen worden sind, und ob das umweltanalytische Grundlagenwissen der Gemeinde hier als ausreichend betrachtet werden kann.

Auch dieser Antrag wurde übrigens insoweit nicht zurückgezogen, sondern nur zurückgestellt. Wir werden weiter am Ball bleiben.

4.5. Stadtbegrünung

Hierzu ist nicht mehr und nicht weniger zu sagen, als dies: Der GLL reichten die dafür vorgesehenen Mittel nicht aus. Unser Antrag wurde von der Ratsmehrheit abgelehnt.

4.6. Abwassergebühren

Es ist einzugestehen, daß in der Dezembersitzung des Gemeinderates 1984 für die Grünen Stadträte schon hätte erkennbar sein müssen, daß der dort von ihnen mitverabschiedete neue Gebührensatz für Abwasser nicht kostendeckend sein würde. Insofern trifft der Vorwurf des Bürgermeisters zu, man könne eine Haushaltsberatung nicht zum Anlaß nehmen, rückwirkend Gebührenbeschlüsse (von nur drei Monaten Bestand) wieder zu ändern. Dennoch bleibt es die grundsätzliche Position der GLL - die sie zukünftig rechtzeitig darstellen wird -, daß kommunale Ver- und Entsorgungsgeldern kostendeckend sein sollten, damit der Mehrbedarf an Gewinnungs- oder Entsorgungskosten nicht aus verbrauchsunabhängigen allgemeinen Steuermitteln gedeckt wird. Man sollte es dem Bürger selbst in die Hand geben, seine Kosten durch geringeren Verbrauch knapper Güter zu senken. Kostendeckende Gebühren sind ein Anreiz dazu. Natürlich gibt es dabei einen sozialen Aspekt, der zu berücksichtigen ist. Aber wir sehen durchaus Möglichkeiten, z.B. kinderreiche Familien durch entsprechende Regelungen nicht übermäßig zu belasten.

Dieser Antrag wurde zurückgezogen und bis zum nächsten Gebührenbescheid im Gemeinderat auf Eis gelegt.

4.7. Erneuerung des Betonbelages für einen Feldweg

Der Antrag der GLL, auf die Verplanung von 90 000 DM für diesen Zweck 1985 zu verzichten, wurde von der Ratsmehrheit abgelehnt. Gleichzeitig beschloß man aber - mehr oder weniger unverbindlich - auf die Verausgabung des Betrages wenn möglich (?) zu verzichten. Vermutlich frage nicht nur ich mich: Was soll das?

4.8. Zweckgebundener Zuschuß an die OEG

Die GLL hat hier im Rahmen regionweiter Haushaltsstrategie einen Gemeindegeldzuschuß zur Schaffung eines Umwelttarifes der OEG gefordert, der möglichst viele Autofahrer (nach Freiburger Muster) zum Umsteigen auf öffentlichen Personennahverkehr bewegen könnte. Wir erhoben diese Forderung, wohl wissend, daß sie kaum durchsetzbar ist, vor allem um Position zu beziehen. Der Antrag wurde erwartungsgemäß abgelehnt.

4.9. Rücknahme der Baumaßnahme Wallstadter Str./ Eisenbahnunterführung in der geplanten Form

Hier wird eine Engstelle des Verkehrs verbreitert und "verschnellert". Als Zugabe gibt es noch einen aufwendigen Fußgänger- und Radwegdurchgang. Kosten insgesamt: ca. 7 Mio DM an Steuergeldern - wenn auch nicht nur kommunalen. Daß wir die Baumaßnahmen so nicht gut finden, wurde deutlich gemacht, obwohl an der Ausführung "nicht mehr gedreht werden kann".

Der Antrag wurde gegen die beiden GLL-Stimmen abgelehnt.

4.10. Einstellung von Haushaltsmitteln für die Umrüstung des städtischen Fuhrparks auf umweltfreundlichen Betrieb

Das sei nicht nötig, wurde uns versichert. Bei Neuanschaffungen - von denen laut Bürgermeister 1985 keine fällig ist - werde dies gebührend Beachtung finden. Die GLL-Stadträte zogen deshalb den Antrag zurück.

5. Resumee

Ich denke, daß nach Erläuterung der wichtigsten Änderungsanträge der GLL zum Haushalt 1985 klar ist, daß sich die beiden Grünen Gemeinderatsneulinge nicht schlecht geschlagen haben, auch wenn kaum etwas von dem Anklang fand, was sie den Kolleginnen und Kollegen vortrugen. Eine Verbesserung der Informationsauswertung und eine größere kommunalpolitische Erfahrung werden uns mit den Jahren noch zuwachsen. Ob wir zukünftig mehr Erfolg haben werden, hängt aber - zumindest bis zur nächsten Wahl - nicht allein von der Mühe ab, die wir uns geben werden. Das sollte jedem klar sein.